

Gewerkschaftliche Monatshefte

21. JAHRGANG

NOVEMBER 1970

11

Helmut Lindemann

Der Zwang zur Entspannung

Die Kritik, welche in den letzten Wochen hierzulande, vornehmlich von den Unionsparteien als Bonner Opposition, an dem deutsch-sowjetischen Vertrag geübt worden ist, entpuppt sich bei näherer Betrachtung vornehmlich als Beweis dafür, wie provinziell die Bundesrepublik geworden oder vielmehr von Anfang an gewesen ist. Nicht als ob es unzulässig oder auch nur unmöglich wäre, an diesem Vertrag Kritik zu üben. Das ist das gute Recht einer parlamentarischen Opposition, wengleich man sich die Formen und Methoden der christdemokratischen Einwendungen gegen den Vertrag in vielen Fällen maßvoller und verantwortungsbewußter gewünscht hätte. Was diese Kritik jedoch so provinziell macht, ist der Umstand, daß sie ausschließlich unter national-deutschem Blickwinkel vorgetragen wird. Wiederum ist es natürlich, daß man auch 'danach fragt, auf welche Weise deutsche Interessen durch diesen Vertrag berührt oder beeinflußt werden; das würde in jedem anderen Lande ebenso geschehen. Erstaunlich und beklagenswert ist jedoch, daß seitens der Opposition überhaupt nicht erkannt oder zugestanden wird, in welchem Umfang der deutsch-sowjetische Vertrag ein Stück *Weltpolitik* darstellt.

Es ist daher nötig, den Vertrag in den größeren Zusammenhang des internationalen Geschehens zu rücken und in diesem Zusammenhang zu beurteilen. Das aber ist das an vielen Stellen zu beobachtende Bemühen der Weltmächte, von der jahrzehntelang geübten Konfrontation zur Koexistenz zu gelangen, aus der sich in manchen Fällen sogar eine Kooperation entwickeln könnte. Dabei handelt es sich um einen überaus komplizierten Vorgang, dessen Wahrnehmung und Beurteilung teilweise dadurch erschwert wird, daß die Sowjetunion ebenso wie die Vereinigten Staaten sich weder tatsächlich noch gefühlsmäßig im Handumdrehen aus der in Jahrzehnten eingeübten Gewohnheit von Konfrontation und kaltem Krieg befreien können. Wenn das für die Regierungen und sonstigen verantwortlichen Führer beider Länder zutrifft, so erst recht für die breite Öffentlichkeit beider Weltmächte, die erst langsam daran gewöhnt werden muß, daß die jeweils andere Weltmacht nicht mehr die kommunistische Weltgefahr oder die imperialistischen Blutsauger repräsentiert, als die sie der eigenen Bevölkerung so lange dargestellt worden sind, bis schließlich manche Führer das selber geglaubt haben. Aus diesen Gründen ist es nicht verwunderlich, wenn immer wieder Rückfälle vorkommen und Handlungen begangen werden, die nicht so recht in das Konzept der Entspannungspolitik passen wollen. Erstaunlich ist vielmehr, daß etwa seit einem Jahr die Entspannung schon fühlbare Fortschritte gemacht hat.

Am augenfälligsten sind die auf Entspannung gerichteten Bemühungen der beiden Weltmächte gegenwärtig wohl bei den sogenannten SALT-Gesprächen über die Beschränkung der beiderseitigen Raketenrüstung. Nachdem im Herbst 1969 in Helsinki bei

Vorgesprächen gegenseitig die Ernsthaftigkeit der Absichten erkundet und bestätigt worden war, haben im Sommer dieses Jahres die Sachgespräche in Wien Fortschritte gebracht, die augenscheinlich die Erwartungen beider Regierungen übertroffen haben. Es ist deshalb möglich, daß die nächste Phase der Verhandlungen, die im Herbst wieder in der finnischen Hauptstadt stattfinden werden, bereits konkrete Ergebnisse in Gestalt von Abmachungen oder mindestens Vorverträgen zeitigen wird. (In diesem Zusammenhang verdient ein im August geäußertes Gedanke des Regierenden Bürgermeisters *Schütz* Beachtung, daß West-Berlin, falls allgemein eine befriedigende Regelung für die Zukunft der Stadt gefunden würde, sehr wohl auch einmal Schauplatz solcher Verhandlungen sein und damit der Entspannung dienen könnte, an deren Förderung es selbst das allergrößte Interesse hat.)

Kaum weniger deutlich wird das Bemühen der Weltmächte, internationale Brand- oder Krisenherde zu beseitigen oder mindestens einzudämmen, im Nahen Osten. Allerdings sind die Schwierigkeiten, die dort zu überwinden sind, so groß, daß selbst bei bestem Willen der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten wirklich durchgreifende Erfolge innerhalb kurzer Zeit kaum zu erwarten sind. Die Quadratur des Kreises — bekanntlich eine unlösbare mathematische Aufgabe — nimmt sich neben dem Versuch, eine für Israel und Araber leidlich gerechte und insgesamt haltbare Lösung zu finden, beinahe wie Kinderspiel aus. Einstweilen muß sich die übrige Welt wohl damit zufriedengeben, daß beide Weltmächte, ohne auf ihre jeweiligen Interessen in diesem Gebiet zu verzichten, gleichwohl entschlossen zu sein scheinen, die nahöstliche Krise zu entschärfen und nicht etwa zugunsten ihrer eigenen Interessen auszuschlachten oder gar weiter anzuheizen.

Ähnlich liegen die Dinge in Südostasien, nur daß dort die Gewichte viel ungleichmäßiger verteilt sind. Die Anstrengungen für eine Entspannung muß dort zunächst vor allem Washington unternehmen; denn wenn auch die Sowjetunion keineswegs unbeteiligt ist, so bleibt doch ihr tatsächliches, mit Händen zu greifendes Engagement weit hinter dem der Vereinigten Staaten zurück. Es hieße zudem die Selbstständigkeit und eigenwillige Handlungsfähigkeit Nordvietnams und der Vietnamesischen Befreiungsfront unterschätzen, wenn man glaubte, diese seien nicht viel mehr als Befehlsempfänger Moskaus oder auch Pekings. Beide verfolgen durchaus eigene Ziele. Daher könnte, wenn die Amerikaner erst einmal aus Vietnam abgezogen sein werden, für die beiden Weltmächte gegenüber Südostasien eine ähnliche Aufgabe entstehen wie heute gegenüber dem Nahen Osten: sie müßten gemeinsam versuchen, unter Begrenzung ihrer eigenen Interessen, an Ort und Stelle eine einigermaßen gerechte und haltbare Lösung zu finden.

Es stellt sich nun die Frage, was eigentlich die beiden Weltmächte dazu bewegt, daß sie ernsthaft versuchen, von der Konfrontation zur Koexistenz zu gelangen. Es wäre schön — aber wahrscheinlich zu schön, um wahr zu sein! —, wenn die Regierungen in Moskau und Washington aus der jüngsten Geschichte die Schlußfolgerung gezogen hätten, daß machtpolitische Enthaltensamkeit die notwendige Voraussetzung eines dauerhaften Friedens ist. Soweit sind beide mindestens heute noch nicht. Selbst wenn das Gleichgewicht des Schreckens, das nun schon anderthalb Jahrzehnte lang mühsam aufrechterhalten wird, den Ausbruch eines dritten Weltkrieges auch weiterhin verhüten mag, so kann von einem echten Gesinnungswandel in Moskau oder Washington nicht gesprochen werden. Was sind also die Beweggründe ihrer Entspannungsbemühungen?

Die Antwort lautet jeweils verschieden; sie lautet auch jeweils anders als manche oberflächliche Betrachter uns glauben machen wollen. So scheint auf sowjetischer Seite die vielzitierte Furcht vor einem Konflikt mit China nicht den ersten Rang einzunehmen. Zwar muß die sowjetische Führung die Möglichkeit eines großen Krieges mit China im Auge behalten, doch kann heute noch nicht von dessen Wahrscheinlichkeit gesprochen werden. Betrachtet man aber zum Vergleich die Entwicklung der sowjetisch-amerika-

nischen Beziehungen seit 1945, so erkennt man, wie verhältnismäßig rasch eine solche Möglichkeit zur Unwahrscheinlichkeit werden kann. Das Hauptmotiv der sowjetischen Führung für die von ihr betriebene Entspannungspolitik ist vielmehr die schwierige wirtschaftliche Lage im eigenen Lande. Auch totalitäre Regime können nicht über Jahrzehnte hinweg ihrer Bevölkerung Kanonen statt Butter anbieten, ohne ihren eigenen Bestand zu gefährden. Was *Chruschtschow* schon vor zehn Jahren erkannt hatte, ist nun auch zur Richtschnur der Politik seiner Nachfolger geworden. Eine fühlbare Hebung des Lebensstandards in der Sowjetunion und eine allgemeine Ausweitung und Stabilisierung des Wirtschaftslebens ist einfach nicht möglich, solange man es für nötig hält, einen sehr großen und immer noch wachsenden Teil der verfügbaren Mittel in die Rüstung zu stecken. Selbst Weltmächte können derartige Lasten nicht mehr lange tragen, ohne daß sie an entscheidenden Punkten ihrer politischen Existenz schweren Schaden nehmen.

Das gilt natürlich auch für die Vereinigten Staaten, doch gewinnt man immer mehr den Eindruck, daß dort nicht wirtschaftliche Überlegungen das Hauptmotiv der Entspannungsbemühungen sind. Mindestens gleichberechtigt, wahrscheinlich aber vorrangig, ist die sorgenvolle Erkenntnis einer wachsenden Zahl von Amerikanern, daß ihr Land einen neuen Weltkrieg einfach nicht riskieren könne, weil dann die Katastrophe eintreten würde, die *John W. Gardner*, ehemals Wohlfahrtsminister und einer der angesehensten Männer des öffentlichen Lebens in den USA, unlängst in die Worte gekleidet hat: »Die Nation fällt auseinander. Ich sage ganz nüchtern, die Nation fällt auseinander.« Tatsächlich hat unter dem Druck des Vietnamkrieges einerseits und der immer bedrohlicher werdenden Rassenfrage andererseits die Polarisierung der politischen Kräfte in den Vereinigten Staaten heute bereits eine solche Zuspitzung erfahren, daß sehr nüchtern denkende Amerikaner die Möglichkeit eines Bürgerkrieges nicht mehr ausschließen. (In einem solchen Falle erscheint der Sieg des weißen Establishments und der „schweigenden Mehrheit“ den meisten Beobachtern ebensowenig zweifelhaft wie die Umwandlung der USA in einen faschistischen Staat.) Selbst wer solche Beobachtungen und Befürchtungen heute noch für übertrieben hält, muß aber für den Fall eines großen auswärtigen Krieges, der nicht eindeutig ein Verteidigungskrieg wäre, mit schwersten inneren Erschütterungen in den Vereinigten Staaten rechnen.

Dieser — wenn auch auf verschiedenen Ursachen beruhende — labile innere Zustand der beiden Weltmächte liefert die eigentliche Erklärung für ihre gemeinsame Anstrengung, aus der Konfrontation zur Koexistenz zu gelangen. Dieser Zustand begründet einen Zwang zur Entspannung, dem sich Russen und Amerikaner nicht entziehen können. Für beide ist die Absicherung gegen einen weltweiten Konflikt zur Existenzfrage geworden. Seitdem sich erwiesen hat, daß diese Absicherung mit militärischen Mitteln nicht mehr erreicht werden kann, ja, daß immer mehr Rüstung immer mehr Unsicherheit schafft, ist für beide Weltmächte die Entspannung die einzige Alternative zum Untergang geworden. Im Grunde ist das keine neue Erkenntnis, nur mußte sie den führenden Männern in Moskau und Washington so unabweislich nahegebracht werden, daß sie zur Entspannung förmlich gezwungen werden.

Es liegt auf der Hand, daß mit dem Bemühen der Weltmächte, von der Konfrontation zur Koexistenz zu gelangen, eine allgemeine Umstellung verbunden ist, deren Auswirkungen sich kein Staat der Erde entziehen kann. Das gilt insbesondere für Europa, das bis an die Schwelle, der sechziger Jahre Hauptschauplatz der Konfrontation beider Weltmächte gewesen war. Gleichwohl hat es fast noch einmal zehn Jahre gedauert, bis Entscheidendes geschah, um Europa aus dieser Rolle zu befreien. Dieser entscheidende Akt ist der von *Willy Brandt* am 12. August 1970 in Moskau unterzeichnete Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion. Betrachtet man diesen Vertrag nur vom deutschen Standpunkt aus, so kommt ihm bereits beträchtliche Bedeutung zu, weil er gegenüber Osteuropa die Nachkriegszeit auf ähnliche Weise beendet, wie das

1955 die Pariser Verträge gegenüber Westeuropa getan haben. Weder die unter *Adenauers* Verantwortung ausgehandelten Pariser Verträge noch der unter Brandts Verantwortung zustande gekommene Moskauer Vertrag sind in rechtlicher Hinsicht als Friedensvertrag anzusehen. Beide aber haben de facto einen Zustand herbeigeführt, wie er sonst durch Friedensverträge bewirkt wird. Da ein echter Friedensvertrag 1955 in ebenso weiter Ferne lag wie 1970, waren und sind beide Verträge notwendig und dienen den deutschen Interessen. Für den Moskauer Vertrag im besonderen gilt, was der Bundeskanzler wenige Stunden nach der Unterzeichnung seinen Landsleuten gesagt hat: „Mit diesem Vertrag geht nichts verloren, was nicht längst verspielt worden war.“ Wer das bestreitet, mag seine Gründe dafür haben, befindet sich aber weit abseits der geschichtlichen Wirklichkeit.

Nun ist aber der Moskauer Vertrag nicht nur ein Akt deutscher Außenpolitik. Er ist zugleich ein Stück Weltpolitik, nämlich ein Beitrag zu dem großen Versuch der beiden Weltmächte, die Konfrontation abzubauen und weltweite Entspannung zu schaffen. Wer das nicht erkennt, muß sich, solange er als gutwillig gelten möchte, den Vorwurf provinzieller Betrachtungsweise gefallen lassen. Die Regierung Brandt hat mit dem Moskauer Vertrag ihren Beitrag zu der gegenwärtig wichtigsten weltpolitischen Entwicklung geleistet. Die Bemühung der Weltmächte um Entspannung wird ja nicht dadurch weniger bedeutungsvoll, daß beide einem Zwang unterliegen. Vielmehr kann man sagen, daß dieser Sachzwang für die Fortsetzung ihrer Bemühungen die beste Gewähr bietet. Da nun dieses schwierige Unternehmen auf die Zustimmung aller Völker und der weitaus meisten Regierungen der Welt rechnen kann, würde man es nirgends verstehen, wenn die Opposition im deutschen Bundestag ernstlich den Versuch unternähme, den Moskauer Vertrag zu Fall zu bringen. Das wäre vielmehr ein Stück Herostratum, gegen das sich die Tat des Brandstifters im Tempel zu Ephesus nachgerade harmlos ausnehme. Man darf daher annehmen oder jedenfalls hoffen, daß sich bis zum Tage der Ratifizierung der weltpolitische Aspekt dieses Vertrages auch in den Unionsparteien durchsetzen werde; denn auch sie unterliegen dem Zwang zur Entspannung.